

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Angelika Beer, Winfried Nachtwei,
Christian Sterzing, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/10288 –**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Angelika Beer, Winfried Nachtwei,
Christian Sterzing, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 13/5165, 13/5966 –**

Exportkontrollpolitik bei Rüstung und rüstungsrelevanten Gütern

A. Problem

Stärkung restriktiver internationaler Rüstungsexportkontrollregime, restriktive Handhabung der nationalen Rüstungsexportkriterien und Verschärfung der Versagungsgründe für Exportgenehmigungen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag – Drucksache 13/10288 – abzulehnen.

Bonn, den 6. Mai 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Siegmar Mosdorf
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Siegmар Mosdorf

I.

Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/10288 – wurde in der 227. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. April 1998 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, den Verteidigungsausschuß und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

In dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird festgestellt, daß die sich aus dem Ende der Ost-West-Konfrontation ergebenden Möglichkeiten zur Zurückdrängung von Rüstungsexporten oder gar deren völliges Verbot von der Bundesregierung und den NATO-Partnern nicht gezielt genutzt worden seien. Die Mitglieder der EU seien mit etwa 40 Prozent an den weltweiten Waffenexporten beteiligt. Deutschland gehöre nach wie vor zu den größten Rüstungsexporturen der Welt. Über den Entschließungsantrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich für die Stärkung restriktiver internationaler Rüstungsexportkontrollregime einzusetzen und die nationalen Rüstungsexportkriterien strikt restriktiv zu handhaben. Als weitere Maßnahmen wird unter anderem gefordert, die Menschenrechtspolitik zu einem zentralen Kriterium für Rüstungsexporte zu machen, keine Rüstungsexporte in Spannungsgebiete zu genehmigen, sie nicht durch Hermes-Kredite abzusichern sowie auf Bundesebene einen Konversionsfonds einzurichten, der den betroffenen Industriebetrieben bei der Umstellung auf zivile Produkte größtmögliche Unterstützung bietet. Auch soll die Bundesregierung auf der Ebene der EU die Forderung des Europäischen Parlaments nach einer aktiven Beteiligung an der Ausarbeitung eines Verhaltenskodexes unterstützen und dafür eintreten, daß die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Überprüfung und Kontrolle der Durchführung des Verhaltenskodexes gestärkt wird.

III.

Der **Auswärtige Ausschuß** hat in seiner 86. Sitzung am 29. April 1998 mit den Stimmen der Mitglieder

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Entschließungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/10288 – zu empfehlen.

Der **Verteidigungsausschuß** hat in seiner 95. Sitzung am 29. April 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und in Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Entschließungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/10288 – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 81. Sitzung am 6. Mai 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie bei Abwesenheit der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Entschließungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/10288 – zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/10288 – in seiner 84. Sitzung am 6. Mai 1998 beraten.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/10288 – zu empfehlen.

Bonn, den 6. Mai 1998

Siegmар Mosdorf

Berichterstatteг

